



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare
Staatsverwaltung“
(Kap. 15 02 Tit. 547 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 02 wird der Tit. 547 02 gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Durch Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes soll die Verwaltung des Freistaates zur „Bekämpfung des Klimawandels“ in die „Klimaneutralität“ gezwungen werden. Um „klimaneutral“ zu werden, muss die Verwaltung Treibhausgasemissionen nach Möglichkeit vermeiden und die unvermeidbaren Treibhausgasemissionen durch geeignete Maßnahmen ausgleichen. Für das Haushaltsjahr 2024 und 2025 sieht die Staatsregierung sogenannte Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare Staatsverwaltung“ vor.

Nach gängiger Erzählweise der Klimaschützer kann der Klimawandel nur dann effektiv bekämpft werden, wenn der weltweite Ausstoß von CO₂ radikal reduziert wird. Folglich kann ein verhältnismäßig kleiner Staat wie Deutschland (und somit auch Bayern) den Klimawandel im Alleingang nicht stoppen. Große Staaten wie die Volksrepublik China oder die Republik Indien, die zusammen weit mehr als ein Drittel des gesamten CO₂-Ausstoßes der Welt verantworten, zeigen allerdings keinerlei Ambitionen ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Gegenteil: China steigert nach wie vor seinen CO₂-Ausstoß und baut in großem Umfang neue Kohlekraftwerke.

Die weltweiten CO₂-Emissionen nehmen also zu – völlig unabhängig davon, ob die Verwaltung des Freistaats sich durch etwaige steuerfinanzierte Projekte „klimaneutral“ nennt. Der Treibhausgasausgleich ist also selbst innerhalb des Narrativs der Klimaschützer sinnlos, da die weltweit größten CO₂-Emittenten dem deutschen und bayerischen Vorbild nicht folgen wollen.